Editorial

Seit knapp zwei Jahren gehören die drei baltischen Staaten zur Europäischen Union. Aus der Sicht der Betroffenen ist damit historisches Unrecht beseitigt worden: Nach der widerrechtlichen Besetzung der zwischen den beiden Weltkriegen unabhängigen Republiken durch die Sowjetunion, dann durch die deutsche Wehrmacht und schließlich wieder durch die Rote Armee und nach der erzwungenen Eingliederung der Staaten in die UdSSR hatten sie nach dem Zerfall des Sowjetimperiums die Unabhängigkeit wieder erlangt, ja sie haben sogar durch ihre Vorreiterrolle in der Artikulierung nationaler Interessen entscheidend zum Ende der Sowjetunion beigetragen. Die Aufnahme in die europäischen Gremien besiegelte nur die Heimkehr dieser Staaten in das europäische Haus, dem sie gewaltsam entrissen worden waren.

Die westlichen Staaten haben während der Sowjetzeit stets ihre Reserven gegen das Schicksal der Balten ausgedrückt: Während die amerikanische Regierung diplomatische Beziehungen zu den Exilregierungen unterhielt, waren die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau gehalten, nicht in offizieller Funktion die baltischen Sowjetrepubliken zu besuchen. Deutschland trug schließlich auch eine gewisse Verantwortung für das Schicksal dieser Staaten, die das Molotow-Ribbentrop-Abkommen (der "Hitler-Stalin-Pakt") der Interessensphäre Moskaus zugeschlagen hatte. Das Ende des traditionsreichen Deutschbaltentums war eine der Folgen dieser verhängnisvollen Politik.

Doch zeigt sich, dass der Prozess der Integration in die europäischen Strukturen nicht geradlinig erfolgt. Trotz guter Wirtschaftsdaten wird es noch dauern, bis das Lebensniveau westlicher Staaten erreicht ist. Der Umgang mit der Geschichte von 1940 bis 1990 und der mit den russischen Minderheiten in zweien der Staaten (in Litauen ist der russische Bevölkerungsanteil relativ gering) reißen Gräben in den Gesellschaften auf. Westliche Rücksichtnahmen in der Politik gegenüber Russland stoßen im Baltikum meist auf Unverständnis. Auch die Beziehungen zu anderen Nachbarstaaten sind zuweilen nicht unproblematisch. Diesen und anderen Aspekten dieser immer noch wenig bekannten Region im Nordosten Europas ist das vorliegende Heft gewidmet.

Die Redaktion